

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitgliedern erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Bernh. Ode, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. Nr. 53-55.
Fernruf: 4692.

Was will die Gewerkschaft!

- Die gewerkschaftliche Organisation bezweckt die Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit.
- Die gewerkschaftliche Organisation verkürzt die Arbeitszeit und verlängert das Leben.
- Die gewerkschaftliche Organisation steigert die Löhne.
- Die gewerkschaftliche Organisation fördert die Aufklärung und kämpft gegen die Finsternis.
- Die gewerkschaftliche Organisation entwickelt die Mannhaftigkeit und stellt das Schleichtum matt.
- Die gewerkschaftliche Organisation stärkt die Brüderlichkeit und erzieht das Selbstbewußtsein.
- Die gewerkschaftliche Organisation verbreitet die Solidarität und vertreibt den Kaffengeist.
- Die gewerkschaftliche Organisation strebt nach Recht und schafft das Unrecht ab.
- Darum sollten alle organisiert sein!
- Das will die Gewerkschaft!
- Wer das will, der stehe zu seinem Verband in Freud und Leid!

Gewerkschaftsfeinde — Arbeiterfeinde!

In dieser Zeit höchster Preisanspannung, wo die Gewerkschaften unausgesetzt bemüht sind, die Löhne mit der Preisentwicklung in Einklang zu bringen und die Regierung sowie die zuständigen Behörden in persönlichen Besprechungen und durch Eingaben zur Bekämpfung des Wuchers herbeizuführen, fallen den Gewerkschaften sogenannte Arbeitervertreter in den Rücken, um die für die Arbeiter erfolgreichen Bemühungen zu stören. Es sind das Anhänger der Kommunisten, der Unionisten und Syndikalisten, meist politische und gewerkschaftliche Wirrköpfe, die da glauben, durch sogenannte „große Aktionen“, unüberlegte Putzschüsse und Generalsstreiks, den Kapitalismus beseitigen, die Staatsordnung stürzen und den Kommunismus oder — als Syndikalisten — den Anarchismus verwirklichen zu können. Es hört diese Wirrköpfe wenig, wenn tausende von Arbeiterfamilien durch unvernünftige Putzschüsse und Streiks in Not und Elend gestürzt werden. Die ganz verbohrtten Fanatiker unter ihnen arbeiten sogar bewußt auf eine vollständige Herrichtung unserer Wirtschaft und gänzliche Verelendung der hand- und fupparbeitenden Bevölkerung hin, um die verelendeten und verbitterten Massen dann für ihre Zwecke mißbrauchen zu können.

Diesen syndikalistischen und kommunistischen Volksherrschern ist vor allem die erfolgreiche Tätigkeit der zentralen Gewerkschaften zur Bessergestaltung der Löhne und Arbeitsbedingungen verhaßt. Unausgesetzt suchen sie die Gewerkschaften zu verächtigen und zu verleumdern, deren Erfolge als gänzlich unzulänglich hinzustellen oder sogar in das Gegenteil umzulügen. Die Vernichtung der Gewerkschaften ist ihr erstes Ziel. Daß dann die Arbeiter der Ausbeutung schutzlos preisgegeben sind, kümmert diese „Volksherrschern“ wenig, ihr Endziel ist ja der Umsturz der Staats- und Wirtschaftsordnung, die Beseitigung der Demokratie, die Ausrichtung der Diktatur, jedoch nicht des gesamten Proletariats, sondern weniger brutaler Herrscher, Missethäter und Verbrecher, à la Trotzki, Götz und Konforten. Die bösen Früchte kommunistischer Diktaturherrschaft in Rußland, wo Millionen Menschen verelenden und buchstäblich verhungern, hat in Deutschland manchem Nachläufer die Augen geöffnet und viele zur Vernunft gebracht. Auch das Auseinanderfallen der deutschen Kommunisten in drei verschiedene Parteien und Fraktionen, die sich gegenseitig heftig beschließen, hat die Anhänger dieser immer mehr zusammenschrumphen lassen. Zur Werbung neuer Anhänger soll jetzt die Not des Volkes mißbraucht werden. Das beweist die Rede in den Parlamenten, in der kommunistischen Presse, in Versammlungen und in den Betrieben. Ebenso halten die Anhänger der verschiedenen Arbeiterunionen, die Syndikalisten, den Zeitpunkt für günstig, die Gewerkschaften mit allen Mitteln zu bekämpfen und für ihre tollen Ideen, die z. B. die Beseitigung der Parlamente, der Gerichte, der Polizei, usw. fordern, neue Anhänger zu werben.

Daß der Kampf zunächst geführt wird zur Zerkümmern der Gewerkschaften, beweisen die vielerorts aufgestellten Forderungen, sowie die ganze Taktik, durch fortgesetzte wilde Streiks die Arbeiter nicht zur Ruhe kommen zu lassen, die Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften zu zerschlagen. In Düsseldorf, wo die gesamten Metallarbeiter zur Erlangung angemessener Löhne in den Ausstand getreten sind, gingen die syndikalistischen und kommunistischen Gewerkschaftsfeinde hin und fielen den Gewerkschaften durch Aufstellung ganz unsinniger Forderungen in den Rücken. So forderten sie in Punkt 2:

„Die Arbeitsgemeinschaften und überhaupt jedes Pactum mit dem Unternehmer dürfen in Zukunft nicht mehr geahndet werden.“

Logischerweise verwerfen sie in Punkt 1 die Festsetzung der Löhne und Gehälter durch Tarifverhandlungen und durch Schiedsprüche.

Ueber solche unsinnige Forderungen zu diskutieren, ist für überzeugte und geschulte Gewerkschaftler überflüssig. Man braucht sich nur vorzustellen, zu welchen elenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen wir in unserer Textilindustrie besonders in Krisenzeiten gekommen wären ohne Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften, ohne Gewerkschaften. Die Arbeiter wären den Betriebsleitern und Arbeitgeberern schutzlos preisgegeben und müßten mit Hungerlöhnen fürlieb nehmen, wie wir das auch heute noch in Betrieben mit unorganisierten Arbeiterschaft sehen.

Wie wollen denn die Syndikalisten die Lohnfrage regeln? Sehr einfach. Sie fordern in Punkt 3:

„Alle Löhne und Gehälter sind zu zahlen und zu berechnen nach dem Stande der Löhne und Gehälter vom 1. Juli 1914, zuzüglich der mittlerweile eingetretenen Steigerung der Weltmarktpreise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Die Auszahlung erfolgt nach dem Goldkurs.“

Mit dieser Forderung spekuliert man auf die mangelhafte Kenntnis der weltwirtschaftlichen Preis- und Währungsverhältnisse in weiten Volksschichten. Eine Anzahl von Lebensmitteln wie auch von Bedarfsartikeln stehen in Deutschland weit unter den Weltmarktpreisen, trotzdem die Weltmarktpreise maßgebend sein für die Lohnbemessung. Ferner soll die Auszahlung nach dem Goldkurs erfolgen. Das hätte bei dem Tiefstand unserer Mark, die, gemessen an dem Dollarkurs, in letzter Zeit nur noch 2 Pfg. wert war, allein schon eine Erhöhung der Vorkriegslöhne um das Fünzigfache bedingt, jedoch ein Weber, der im Juli 1914 M. 4.— pro Tag verdiente, jetzt M. 200.— ausgezahlt erhalten müßte, wobei die geforderte Erhöhung entsprechend der Steigerung der Weltmarktpreise noch garnicht berücksichtigt ist. Setzt man diese mit in Rechnung, so würde eine noch ganz wesentlich höhere Lohnsumme zur Auszahlung gelangen müssen.

Ferner wird garnicht berücksichtigt die Unzulänglichkeit der Vorkriegslöhne in manchen Branchen und Gruppen, sowie die Ungleichheit in den Lohn- und Gehaltsätzen. Es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob man den gänzlich unzureichenden Vorkriegslohn einer Spinnereiarbeiterin um das Fünzigfache erhöht, oder das Gehalt eines Ministers.

Zudem vergißt der Syndikalismus bei Aufstellung der Forderungen zu sagen, wer denn Arbeitgeber, Reich, Staat, Kommunen und Behörden zur Zahlung der geforderten Löhne und Gehälter zwingen soll. Die Gewerkschaften will man zerkümmern, die Parlamente abschaffen. Was würde werden? Entweder Diktatur hirnverbrannter Ideologen oder Verbrecher, die in kürzester Zeit unsere Wirtschaft lahmlegen und die breiten Volksschichten der Verzweiflung und dem Hungertode ausliefert, oder die Arbeiterklasse würde wehrlos den Scharfmachern und Reaktionären ausgeliefert.

Vor beidem muß die Arbeiterklasse bewahrt werden. Dem wahnwichtigen und verbrecherischen Treiben unwissender Lören und unverantwortlicher Heher muß die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse ein energiegeloses Halt bieten. Wer der Arbeiterklasse die gewerkschaftliche Waffe zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aus den Händen reißen und zerstören will — gleichviel ob scharfmacherische Arbeitergeber oder kommunistische oder syndikalistische Querköpfe — ist als Arbeiterfeind zu bekämpfen. Nur durch hingebende Mitarbeit in den Gewerkschaften, den Lohn- und Tarifkommissionen, den Betriebs- und Arbeiterräten lassen sich

die vorhandenen Mißstände mit alterprobten Mitteln und nach gewerkschaftlichen Grundsätzen beseitigen, jedoch niemals durch unüberlegte Putzschüsse und wilde Streiks, die die Kampfkräfte der Gewerkschaften nutzlos zersplittern und auf die Dauer erlahmen lassen müßten. In der genauen Kenntnis der wirtschaftlichen Triebkräfte und Zusammenhänge, der geschlossenen Einigkeit und der zielstrebigsten Führung sowie in dem vertrauensvollen Zusammenwirken der Gewerkschaftler und ihrer selbstgewählten Führer liegen die Garantien des Erfolges. Die erstrebte christliche Gemeinwirtschaft kann nicht auf einer darniederliegenden, zerschlagenen, sondern nur auf einer hochentwickelten, blühenden Wirtschaft aufbauen werden.

Berufliche Erfindung eine Lebensnotwendigkeit.

Eine besorgniserregende Erscheinung unserer Zeit ist es, daß den Fragen der beruflichen Fortbildung und Erfindung nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Tatsache ist, daß nur hochwertige deutsche Qualitätsware uns einen Platz auf dem Weltmarkt sichert. Täuschen wir uns selbst nichts vor. Die Scheinblüte unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist unnormal. Die Zeiten der kapitalistischen Hochkonjunktur bleiben nicht immer. Allzu schnell werden Verhältnisse über uns hereinbrechen, wo ernstlich mit dem Ausland konkurriert und gekämpft werden muß. Heute ist ja fast nur die deutsche Industrie voll beschäftigt. In allen valutarstarken Ländern sehen wir ganze Arbeitslosenheere. Die Auslandslager sind vollgestopft mit deutschen Waren, die Bewohner der Grenzländer decken auf Jahrzehnte ihren Bedarf ein, Stadungen müssen sich hemerkont machen.

Dazu muß beachtet werden, daß der überwiegende Teil aller Rohstoffe vom Auslande geliefert wird. Tritt die ausländische Konkurrenz in normalen Zeiten mit auf den Plan, heißt es für die deutsche Industrie wieder scharf zu kalkulieren. Heute hat man ja das fast verlernt, heute heißt es durch moderne Maschinen, vorzügliche Organisation und rationelle Arbeitsmethoden, der Gefahr einer völligen Ausschaltung zu begegnen. Dem Amerikanismus fürmen wir rettungslos entgegen, müssen, ob wir wollen oder nicht, die Entwicklung in diesem Sinne bejahen. Nur durch hochwertige, nicht zu übertreffende Qualitätsware sichern wir uns einen Platz auf dem Weltmarkt. Dazu sind tüchtige Betriebsführer, Ingenieure und Techniker, aber auch hochwertige Facharbeiter erforderlich. Mit wirtschaftlichen und beruflichen Analphabeten meistern wir die Zukunftsaufgaben nicht. Stümper werden die Entwicklung nur hindern. Mit eifrigem Durchgebildetem, hochleistungsfähigem Menschenmaterial wird der Wurf gelingen.

Die Betriebsräte müssen viel größeres Gewicht auf die betriebstechnischen und betriebsorganisatorischen Aufgaben legen. Der Unternehmer als „Lokomotivführer“ unserer Wirtschaft kann und soll nicht mehr allein fungieren. Allerdings dürfen dem Betriebsrat nur die sachkundigen und erprobten Köpfe angehören. Nicht die Maulhelden und Schreier. Eingehende Durchbildung der Betriebsräte nach der sachlichen beruflichen Seite ist zwingende Lebensnotwendigkeit. Darüber hinaus stärkste Schulung der ganzen Arbeiterklasse. Die Schulungsfrage ist eine Existenzfrage unserer wirtschaftlichen Zukunft. Sicherung einer gebiegenderen, durch besonderen Beitrag leistenden, praktischen Betriebsausbildung. Besuch von Fortbildungsschulen und besonderen Kursen. Nütigen alle Einrichtungen neuer Kurse durch gewerkschaftliche Selbsthilfe. Besuch der bestehenden Fachschulen von Betriebsräte, Kolleginnen und Kollegen. Die achtstündige Arbeitszeit bietet reichlich Gelegenheit zur Weiterbildung. Bei zehn- und mehrstündiger Arbeitszeit haben die alten Kollegen sich in späten Abendstunden mit oft recht primitiven Mitteln das notwendige Wissen aneignen können. Die Befähigung mit diesen Voraussetzungen ist entschieden vorzuziehen, wie die übertriebene Sportfexerei, Tanzerei und Landelei. Der Arbeiter, der seinen Beruf versteht, seine Maschine und ihre Arbeitsweise kennt, darüber hinaus den Entwicklungsgang vom Rohprodukt bis zur Fertigware überschaut, wird etwas leisten können. Sich selbst muß und wird er als ein notwendiges Glied in dem großen Produktionsprozeß betrachten, wird seinen Beruf lieben und in der Arbeit tiefe und innere Befriedigung finden. Nur

auf dieser Grundlage werden wir der Zukunft ruhiger entgegen gehen können. Gelingt dieser große Wurf nicht, bricht man uns auf dem Weltmarkt nieder, sind Millionen deutscher Arbeiter zur Auswanderung gezwungen, als "Ersarbeits" der Welt müssen sie arbeiten leisten, die früher von Futuristen und wirtschaftlich rückständigen Völkern und Menschheitschichten verrichtet wurden. Darum muß die Notwendigkeit beruflicher Erziehung im Interesse der Selbsthaltung erkannt und durchgeführt werden.

Für die Textilindustrie bestehen in Deutschland rund 60 Fachschulen und zwar in:

Rheinland	5 Schulen
Hannover, Brandenburg, Südb.	5
Bayern	5
Württemberg	4
Thüringen und Hessen	4
Sachsen	4
Sachsen	32

Von 50 dieser Anstalten erhielten wir Programme, Arbeitspläne u. p. überliefert. Der überwiegend in den Textilbetrieben vertretenen Branche wird durchweg in Spezialkursen Rechnung getragen. Einige wenige Schulen umfassen sogar in ihrem Arbeitspläne alle Gebiete der Industrie. SchülerInnen sind fast zu allen Schulen zugelassen, wo es noch nicht der Fall ist, sehen die Anstaltsleitungen dieser Neuerung keine Schwierigkeit entgegen. Mehrere Schulleitungen arbeiten mit den Betriebsräten ihres Bezirkes eng zusammen, lassen sich von diesen bedürftige Arbeiter nennen, denen das Schulgeld dann ganz oder teilweise erlassen wird. Bedauerlicherweise müssen manche Direktoren darüber klagen, daß unter ihren Schülern keiner aus dem Arbeiterstande ist. In Sachsen sind beispielsweise Sonderkurse für TextilarbeiterInnen völlig eingestellt worden, weil die Beteiligung zu gering war. Wenn diese Erscheinungen auch vereinzelt da stehen mögen, so sind sie doch immerhin recht bezeichnend. In den Bezirken Westfalen und Baden befindet sich überhaupt keine Fachschule. Unsere Bemühungen, hier einmal durch den Staat Verbesserungen zu erzielen, können und müssen wirksam aus dem Lande von den in Frage kommenden Kreisen unterstützt werden.

Weiter fordern wir, daß an allen Fachschulen Sonderkurse für Betriebsratsmitglieder eingerichtet werden. Nur eine Schule ist uns bekannt, an der man diese Einrichtung bereits in muster-gültiger Weise durchgeführt hat. Die höhere Web- und Spinnschule Reichenbach im Vogtland hat solche Betriebsratskurse eingelegt. Neben besonderen Unterrichtsstunden über das Betriebsratsgesetz, Rechtskunde und Steuerrechnung wird Betriebslehre, Warenkunde, Materiallehre, Technologie und Kalkulation gelehrt. Derartige moderne Einrichtungen dürfen keine Einzelheiten bleiben. Nur dann, wenn sich die Betriebsräte schulen und ausbilden, wird es ihnen möglich werden, den Beschäftigten zur Mitgestaltung und Mitwirkung in der neuen Wirtschaft zu erbringen.

Der Weg mag oft ein schwerer und dornenvoller sein, hat Ziel aber ist ein hohes und hehres. Durch unsere tätige lebendige Arbeit heißen wir nicht nur uns selbst, sondern arbeiten an der Hebung unseres Standes und dadurch an dem Wiederaufstieg und Wiederaufbau unserer Wirtschaft und unseres ganzen Vaterlandes. B. L.

Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder.

Die mit dem Sinken der Markvaluta einsetzende gute Konjunktur hält auch noch im Monat Oktober an. In manchen Branchen ist sogar eine bedeutend stärkere Belebung der Geschäftslage, wie im Vormonat in die Erscheinung getreten. Den deutlichsten Gradmesser bilden hierfür die Textilwarenhäuser, deren Lager fast gelichtet worden sind. Der Kampf um die Textilwaren, der vor einigen Monaten begonnen, hält in steigendem Maße an. Vor allem sind es die wirtschaftlich gut gestellten, insbesondere landwirtschaftliche Kreise, die in Erwartung noch höherer Preise alles kaufen, was sich kaufen läßt. Warum kommt noch der große Ausverkauf von Fertigwaren an das Ausland. Aufträge sind daher in allen Textilbetrieben genügend vorhanden und brauchen die Textilfirmen für Abzug der Waren in den letzten Fällen Sorge zu tragen. Für den Wirtschaftspolitiker, der die Folgen und Begleiterscheinungen dieser Geschäftslage sieht, ergibt sich beim Verfolgen der Dinge kein erfreuliches Bild. Für uns als Gewerkschaften, die wir mehr die soziale Aufgabe zu lösen haben, ist es nur ein schmerzlicher Trost, daß wir die Not der Augenblicks überdauern können, ohne auch nur im entferntesten an eine Abregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf längere Zeit hinaus denken zu können. Doch wie ein böser Dämon macht für alle Volksschichten die banale Frage auf: Wann kommt der Rückschlag und wie ist die Abwehrung desselben?

Es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen Konjunktur alle, bereits früher einmal in der Textilindustrie Beschäftigte, wieder in Arbeit genommen und neue Arbeitskräfte aus anderen Industrien neu eingestellt werden. Den Beweis hierfür finden wir zum Teil in der überaus großen Zahl der erfassten Mitglieder. Es waren an der Berufsberatung beteiligt 40320 männliche, 7022 weibliche, zusammen 47342 Beschäftigte. Die beste Berufsberatung hat dieses mal Bayern und Baden. Die übrigen Bezirke sind ziemlich gleich stark beteiligt. Es kann nur gesagt werden, daß die kleinen und neugegründeten Ortsgruppen gleich auf die Notwendigkeit der Statistik aufmerksam gemacht werden müssen, damit auch diese zur Mitarbeit herangezogen werden können.

Die Arbeitslosigkeit im Verbande bewegt sich noch wie vor in absteigender Linie. Die nach die erfassten

Gruppen von der Arbeitslosigkeit betroffen, zeigt nachstehende Tabelle.

	1920			1921		
	männl.	weibl.	ausl.	männl.	weibl.	ausl.
Januar	1,9	1,9	1,9	2,2	1,9	2,0
Februar	1,8	2,3	1,9	2,3	2,3	2,9
März	4,6	4,2	4,4	3,8	4,0	3,9
April	1,5	1,8	1,7	3,9	4,9	4,5
Mai	3,2	2,7	2,9	2,8	4,5	3,9
Juni	4,5	7,1	6,0	0,8	2,3	1,6
Juli	8,1	11,2	10,0	0,5	1,3	1,0
August	5,2	8,0	6,9	0,5	0,9	0,7
September	5,8	5,7	4,6	0,5	0,5	0,4
Oktober	4,8	7,2	6,3	0,3	0,3	0,3
November	0,8	2,4	1,7			
Dezember	2,0	2,1	2,0			

Nach der Aufstellung entfallen auf 100 vom Bericht erfasste Mitglieder 0,3 Vollarbeitslose. Auf die Gruppe der Männlichen entfallen 0,2 und auf die Gruppe der Weiblichen 0,3 Arbeitslose. Wir haben somit den dembrühten Stand von Arbeitslosigkeit nach dem Kriege. Im Verein mit den Verbänden der Transport- und Bekleidungsindustrie hat unser Verband die niedrigste Zahl von Arbeitslosen.

Die Vollarbeitslosigkeit und Kurzarbeit zahlenmäßig dargestellt ergibt folgendes Bild:

Monat	Vollarbeitslosigkeit			Kurzarbeiter		
	männl.	weibl.	ausl.	männl.	weibl.	ausl.
Juli	255	60	995	974	2345	3119
August	176	518	691	673	2132	2815
September	103	305	808	418	1875	2683
Oktober	106	226	372	988	1952	2910

Die Zahl der Vollarbeitslosen bewegt sich in diesen Monaten nach unten. Die Kurzarbeiterzahlen weisen einige Schwankungen auf, denen aber keine wesentliche Bedeutung beizulegen ist.

Die Zahl der Betriebe bei einer wöchentlich verkürzten Arbeitszeit von 1-8 Stunden beträgt 46, mit einer Arbeiterzahl von 611 männlichen und 1283 weiblichen. Die anderen Gruppen sind weniger beachtenswert und weisen geringere Zahlen auf. Die größte Anzahl Kurzarbeiter hat Baden, ihm folgt Westfalen und Württemberg. K. D.

Das Klittern der Baumwollpreise.

Die Marktentwertung erschüttert in allererster Linie die Preise für den Einkauf überseeischer Lebensmittel und dringlich benötigter Rohstoffe. Hier treten die wilden Erhöhungen des Dollarkurses, der mit 210 eine fünfzigfache Marktentwertung herbeigeführt hat, ziemlich unmittelbar in die Erscheinung, die, wie die Dinge heute liegen, die Geschäftstätigkeit und den Einkauf lahmlegen. Dabei sind die riesigen Schwankungen noch schädlicher als die Höhe der Preise absolut betrachtet. Folgende Uebersicht zeigt, wie die Bremer Notierungen seit Anfang des Jahres unauflöschlich gestiegen sind. Die Steigerung war bis zum August noch etwas langsam, so daß die Textilindustrie noch eine ungefähre Kalkulationsgrundlage hatte. In der letzten Zeit ist es anders geworden. Die Preise steigen von Woche zu Woche, und die Einkäufer haben ein ungeheures Risiko. Die Folge hiervon ist die Verdrängung des ohnedies infolge des großen Warenmangels der Verbraucher zunehmenden Materialmangels in der Textilindustrie und die Furcht vor Warenknappheit.

Seit Anfang des Jahres gestalteten sich die Baumwollpreise:

	Bremen	Liverpool	New York	Dollar-
	Mark per kg	d per engl. lb.	c per am. lb.	stand
Mitte Jan. 1921	27.50	10.91	17.65	57
Mitte Febr.	20.00	8.50	13.90	57
Mitte März	18.25	7.42	11.70	62
Mitte April	18.50	7.41	12.45	62
Mitte Mai	17.40	6.91	12.25	61
Mitte Juni	20.00	8.08	12.20	70
Mitte Juli	23.20	8.47	12.22	74
Mitte August	27.20	8.75	13.05	86
Ende August	32.40	10.38	16.05	86
Mitte Sept.	51.80	15.49	20.20	110
Ende Sept.	66.20	14.77	21.55	127
Mitte Okt.	66.10	12.76	19.55	140
Ende Okt.	86.60	12.48	19.45	178
2. Nov.	90.-	12.65	18.38	193
6. Nov.	112.30	12.40	18.23	216

Betrachtet man die überseeischen Notierungen, so ergibt sich, daß in Liverpool und in New York die Preise im ersten Halbjahr eine fallende Tendenz haben (Auswirkung der Krise). Seit August jedoch haben sich auch auf dem Weltmarkt die Preise erhöht. Diese Bewegung, die zeitweise zu einer starken Panne, besonders an den amerikanischen Märkten, ansetzte, hängt mit den Meldungen von einer besonders schädlichen Baumwollernte in Amerika zusammen. In letzter Zeit zeigt sich ein neuer Umschwung, der ein Anzeichen einer etwas anderen Beurteilung ist. Man hält die Schätzung zu pessimistisch. Ganz Beweis für die Unterbewertung der neuen Ernte bringt der namhafte bekanntgewordene Entkörnungsbericht, der die Menge der bis Mitte Oktober entkörnten Baumwolle mit 5,5 Mill. Ballen angibt. (Die ganze Ernte sollte wenig mehr als 6,5 Mill. Ballen betragen.) Nun werden erfahrungsgemäß in den letzten Jahren nie mehr als etwa 50 Prozent der gesamten Baumwollernte bis zum Ende des Monats Oktober entkörnt. Es wird angenommen, daß die Entkörnung in diesem Jahre in so ungewöhnlich größerem Maße als bisher mit etwa 90 Prozent der Ernte bereits vor sich gegangen sein sollte, können die Entkörnungsziffern wohl als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die amerikanische Ernte weitlich höher als angenommen anfallen dürfte.

Zur Steuergesetzgebung des Reichs.

„Und da keiner wollte leben, daß der andere für ihn zahle, zahlte keiner von den beiden.“

Wem kommt dieser Spruch nicht lebhaft in Erinnerung bei den Protesten der Landbesitzer und Industriellen gegen die steuerliche Erfassung, insbesondere der Sachwerte! Das mobile und immobile Kapital, das es immer schon verstanden hat, durch die Maschen der Steuergesetze zwiespännig zu fahren, macht auch jetzt krampfhaft Versuche sich einer entsprechend scharfen Besteuerung zu entziehen. Angesichts der Zwangsverpflichtungen des Reichs gegenüber der Entente und des großen eigenen Bedarfs, kann das Reich aber nicht auf eine starke Heranziehung des Besitzes verzichten. Es ist ein Jammer, daß man dem Besitz auf seine Pflichten besonders hinweisen muß. Die kleinen Leute ohne Besitz, die auf Einkommen aus Kopf- und Handarbeit angewiesen sind, sind durch Verbrauchs- und indirekte Steuern, aber auch durch eine Steuer vom Einkommen schon so stark gefaßt, daß aus ihnen kaum noch mehr herausgezogen werden kann. Sie sind mit Recht enttäuscht, daß die Besitzenden nicht aus eigenem dem Vaterlande Opfer bringen. Viele derselben geben kein gutes Beispiel, ja manche treiben sogar Steuer-sabotage zum Schaden des Reichs. Dieses Gebahren macht auf die breiten Volksschichten einen sehr üblen Eindruck, zumal die Preisbewegung in landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Preissteigerung der Industrieprodukte, die Gründungen und Gewinne der Unternehmungen, der Taumel an der Börse jedermann sagt, daß große Reich-tümer vorhanden sind, die einen starken Zugriff recht wohl vertragen.

Es handelt sich durchaus nicht nur um Scheinreichtum. Keinesfalls ist der übertriebene Luxus, die maßlose Verschwendung Schein, sondern Wirklichkeit. Man täuше sich nicht darüber, daß Überartigkeit von Wohlgegnen täglich vor der beunruhigenden und zermürbenden Frage stehen: Was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden, wie werden wir unsere Kinder erziehen und wie wird es uns ergehen, wenn wir alt und arbeitsunfähig sind? Die Klagen über die Not der Landwirtschaft, über die Erschwerung der Bildung von Kapital, über die Eingriffe in die Vermögenssubstanzen und dergleichen machen demgegenüber sehr wenig Eindruck. Anzeichen kommt der Kapitalismus in der Welt auf neue in Blüte, ärger wie zuvor. Das liegt weder im Interesse des Volkswohls, noch in dem des Reichs.

Durch eine gesunde Steuergesetzgebung, die den Reichen belastet, den Mittelstand und die unteren Stände schont, ist ein Ausgleich zu schaffen, der den traffen Unterschied zwischen dem arbeitslosen Einkommen und dem Arbeits-einkommen beseitigt. Kapital und Kapitalrente sollen in Zukunft nicht mehr die Rolle spielen, die sie bisher gespielt haben. Eine höhere sittliche Auffassung von den Pflichten gegen die Allgemeinheit, gegenüber dem Staat muß auch den Reichen beigebracht werden. Manche derselben sind zu dieser Einsicht gekommen, die anderen werden mit Hilfe einer entsprechenden Steuergesetzgebung dazu ge-zwungen werden können. Es ist zu hoffen, daß der Reichstag, der mit der Beratung einer Reihe von Steuer-gesetzen begonnen hat, nach dieser Weisheitspannen arbeiten wird. K. S.

Allgemeine Rundschau.

Ein volkswirtschaftlicher Ausbildungskursus

findet an der Evangelisch-Sozialen Schule statt in der Zeit vom 16. 1. bis 4. 2. 1922. Das Programm umfaßt über 40 Vorträge, dazu Arbeits- und Wiederholungs-kunden zur Festigung des in den Vorträgen gewonnenen Wissens. Es finden die Gebiete der Arbeiterbewegung, des religiösen Lebens, der Wirtschaftswissenschaft, des Arbeitsrechts und der sozialpolitischen Berücksichtigung. Als Referenten sind namhafte Fachmänner, Parlamentarier und Gewerkschaftsführer gewonnen. Die Kosten der Teilnahme belaufen sich für den einzelnen Kursteilnehmer auf 40.- M. täglich (30.- M. Verpflegung, 5.- M. Kursusgebühr, 5.- M. Wohnung). Die Teilnehmer haben einen selbstgefertigten Lebenslauf und einen kurzen Abriß ihrer Tätigkeit in der konfessionellen, gewerkschaftlichen und politischen Bewegung einzufenden. Anmeldungen und Zuschriften sind zu richten an die Kursusabteilung der Evangelisch-Sozialen Schule e. V., Spandau-Johannesstift.

Vorsorge für die kommende Arbeitslosigkeit.

Im Reichsarbeitsministerium hat am 10. November unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Brauns eine Besprechung der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber stattgefunden, ob und wie sich schon jetzt Maßnahmen für die kommende Arbeitslosigkeit schaffen lassen. Mit der das Ministerium rechnet. Wie der Minister einleitend ausführte, seien zwar nachdrückliche Bemühungen um Bereitstellung von Arbeit für die kritische Zeit im Gange, aber sie würden die Erwerbslosigkeit nur mildern, nicht vermeiden können. Selbsthilfe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei also unentbehrlich. Es könne daran gedacht werden, die Arbeitslosenversicherung soweit wie anzunehmen, daß die Beiträge schon jetzt erhoben werden, um dann als Rücklage für die Uebergangszeit zu dienen. Es wäre aber auch zu überlegen, ob nicht die Arbeiter- und Arbeitnehmer der Industrien, die von der kommenden Arbeitslosigkeit vor allem bedroht sind, in freiwilligen Zusammenwirken Maßnahmen ergreifen sollten. Die Ausprägung ergab beachtenswerte Anregungen für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Die Beratung wird zunächst innerhalb der beiden wirtschaftlichen Gruppen und in später Zeit gemeinschaftlich fortgesetzt werden.

Ärzte und Krankenkassen.

Ein im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs a. D. Dr. Caspar zusammengetretenes Schiedsgericht hat in dem Streit zwischen dem am Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 beteiligten Hauptverbänden der Ärzte und Krankenkassen über die Vergütung für die ärztlichen Leistungen einen Schiedsspruch gefällt. Danach ist vom 1. August bis 30. September 1921 auf die erfolgte Zahlung für Verzehnjährer ein nachträglicher Teuerungszuschlag von 30 v. H. zu leisten. Vom letzteren Tage ab soll für Beratungen in der Wohnung des Arztes ein Honorar von 5,50 M., für Besuche in der Wohnung des Kranken ein solches von 11 M. (gegenüber 4 und 6 M. nach dem älteren Schiedsspruch vom 2. Juni 1920), für Sonderleistungen ein Zuschlag von 40 v. H. zu den Mindestsätzen der neuen preussischen Gebührenordnung gezahlt werden. Weitere Aufschläge von 30 bzw. 40 v. H. sind für die Wegegehühren vorgesehen, ebenso Zuschläge von 30 und 50 v. H. auf die Gebühren wegen Beiträtsrückstände. Die neuen Sätze sollen auch für die Behandlung der Familienangehörigen sowie für alle Fälle der Wochenhilfe und der Wochenfürsorge gelten. Die Erklärung der Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches muß bis zum 16. November abgegeben werden.

Aus unserer Industrie.

Die Knappheit an Geweben in Deutschland.

Im Reichstage hatte die Abgeordnete Frau Behm an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, die darauf hinwies, daß infolge der Seidentwertung eine gesteigerte Ausführung von Stoffen in das Ausland eingeleitet habe, die bereits Arbeitsmangel auf dem Gebiete der Bekleidungsindustrie infolge Stoffknappheit verursache.

Der Reichswirtschaftsminister hat die Anfrage in der Reichstagsitzung vom 18. September 1921 wie folgt beantwortet lassen:

Die Ausführung von Stoffen in das Ausland hat in den letzten Monaten nur 30-40% der Ausführung im Jahre 1913 betragen, während der entsprechende Beschäftigungsgrad der Wollindustrie zwischen 75 und 80% liegt. Es ist daher kein Grund für die Annahme vorhanden, daß ein Stoffmangel im Inlande auf gesteigerte Ausführung zurückzuführen ist.

Da die Ausführung von Stoffen nach wie vor einer besonderen Ausfuhrbewilligung bedarf, und neuerdings durch Verchiebung der Preisprüfung und durch das Verlangen der Faturierung in ausländischer Währung die Bedingungen für die Ausführung erschwert sind, kann angenommen werden, daß auch künftig ein die heimische Versorgung beeinträchtigender Abfluß von Tuchen ins Ausland nicht erfolgt.

Den Erreichungen der letzten Zeit, daß namentlich im Kleinen Grenzverkehr Textilien in den Detailgeschäften in ungewöhnlichem Umfange von Ausländern aufgekauft und zur Ausführung gebracht wurden, ist inzwischen durch die Bestimmungen vom 20. und 28. Oktober sowie vom 5. November 1921 wirksam entgegengetreten worden.

Der Grund dafür, daß gegendärtig im Inlande in gewissem Umfange eine Knappheit an Stoffen eingetreten ist, liegt vielmehr in den durch die forschhafte Entwertung der Mark herbeigeführten überleiteten Käufen des Publikums, das sich nicht für seinen augenblicklichen Bedarf, sondern für einen längeren Zeitraum mit Stoffen einzudecken sucht. Diesem plötzlichen Ansturm kann die Erzeugung naturgemäß nicht nachkommen.

Von einer Arbeitslosigkeit auf dem Gebiete der Bekleidungsindustrie ist der Reichsregierung nichts bekannt geworden, vielmehr lauten alle einzuholenden Nachrichten dahin, daß das Bekleidungsgebiet zu beschäftigt ist und Arbeitskräfte sucht.

Die Reichsregierung beobachtet jedoch die Entwicklung der Verhältnisse mit Sorgfalt und wird, wenn wirklich durch forschhafte Steigerung der Ausfuhr die Verfolgung der heimischen weitzweilenden Industrie mit Tuchen gefährdet werden sollte, die erforderlichen Maßnahmen treffen.

Stand der internationalen Textilindustrie

Stehen folgende Nachrichten vor: In England liegt das Geschäft, abgesehen von der Wollwebererei und der Wirkwarenfabrikation, jetzt wieder ruhiger, die Nachrichten aus der Leinen- und Jute-Industrie lauten im ganzen befriedigend. In Frankreich hat die Wollindustrie wieder begonnen zu arbeiten; die Strickmaschinenfabrikanten haben ansehnliche Aufträge, während in der Seidenindustrie der Geschäftsgang ruhiger geworden ist. Die längere Ruhe in der schwedischen Textilindustrie hat einem lebhafteren Geschäftsgang Platz gemacht. Auch in Norwegen und Dänemark hat sich das Geschäft etwas gebessert. Nordamerika meldet gesteigerte Nachfrage für alle Textilzeugnisse, ebenso ist die Tätigkeit der Textilindustrie in Südamerika ziemlich lebhaft. Die Woll- und Baumwollindustrie in Polen hat wieder zahlreiche Stühle in Betrieb gesetzt. Ruhiger ist die Geschäftslage in Holland, in Desterreich und in der Tschechoslowakei ist man mit der Ablieferung von Aufträgen voll beschäftigt.

Aus unserer Bewegung.

Freiwillige Beitragsklassen.

In der Nr. 47 unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ finden wir einen Artikel über die Einräumung neuer Beitragsklassen. Viele unserer Mitglieder werden an dieser Neuerung wohl den Kopf geschüttelt haben und sich zu dem Ausdruck haben verleiten lassen, „schon wieder mehr zahlen!“ Bevor wir aber einen derartigen Ausdruck laut werden lassen, müssen wir unterfragen, aus welchem Anlasse Zentralvorstand und Verbandsauschuss dieses beschlossen haben. Kolleginnen und Kollegen! Aus der Not der Zeit geboren! Das kann man mit Recht von dem Beschluß sagen. Unsere Geldentwertung hat in den letzten Monaten einen derartigen Tiefstand erreicht, daß es manchem von uns gruselig wird. Durch diese Geldentwertung wird auch das gesamte Verbandsleben sehr in Mitleidenenschaft gezogen. Betrachten wir nur einmal das Unterhaltungsleben. Vor etwa drei oder vier Monaten, als auf der Generalversammlung in Münster beschlossen wurde, ab 1. Oktober die erhöhten Beiträge zu erheben, da konnte man unter Umständen mit einer Streikunterstützung von 178.- M. pro Woche vielleicht eine Woche oder 14 Tage sich durchschlagen. (Dieses gilt aber nur für jene Mitglieder, die die höchsten im Statut vorgesehenen Beiträge entrichten.) Ein großer Teil unserer Kolleginnen und Kollegen aber zahlen leider in eine niedrigere Klasse. Diese sollten nun doch berücksichtigen, daß bei ihnen im Ernstfalle auch nur die niedrigeren Unterhaltungsätze in Anrechnung kommen. Und das ist sehr wesentlich.

Wer als Vorstandsmitglied oder Revisionsmann im Verbandsleben tätig ist, wird schon mehrfach die Erfahrung gemacht haben, daß bei Auszahlung von Unterhaltungen die Frage aufgeworfen wurde, warum bekommt der oder die mehr Krankengeld oder Arbeitslosenunterstützung als wie ich. Hierbei kann vielfach festgestellt werden, daß eine große Anzahl unserer Mitglieder im Unklaren sind über die eigentliche Höhe der ihnen zustehenden Unterhaltungen. Wollten die Mitglieder aber auf der einen Seite höhere Sätze beanspruchen dann ist es auch sehr verständlich, auf der anderen Seite dieses durch finanzielle

Mittel auszugleichen. Die größte Unkenntnis auf diesem Gebiete ist bei unseren weiblichen Mitgliedern anzutreffen. Es soll hier niemandem ein Vorwurf gemacht werden, aber etwas mehr Interesse und etwas mehr Fühlungnahme mit den am Ort sich befindenden führenden Kollegen, das könnte viel dazu beitragen, die Mitglieder aufzuklären und vor materiellen Nachteilen zu bewahren. Aber hier fehlt es. Können die Kolleginnen und Kollegen zu den Versammlungen oder Besprechungen, so würden sie die Bedeutung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes schon bald erkennen.

Augenblicklich ist in der Textilindustrie durchweg noch volle Beschäftigung. Wie lange dieselbe aber noch anhält, ist eine Frage der Zeit. Es machen sich schon Anzeichen dafür bemerkbar, daß in nicht allzu ferner Zeit mit Arbeitsbeschränkungen und Entlassungen gerechnet werden kann. Auch ist schon durchgedrungen, daß die großen Arbeitgeberverbände alle Tarifverträge nur bis zum 31. Dezember 1921 abzuschließen gedenken. Was eine solche Maßnahme im Gefolge haben wird, ist im ersten Moment noch nicht zu übersehen. Aber soviel ist sicher, die Arbeiter wollen den Abbau der Löhne mit aller Macht durchzujehen versuchen. Wollen wir dem entgegenzutreten, dann entbrennt auf beiden Seiten ein Kampf, wie ihn die Gewerkschaftsbewegung noch nicht gekannt hat. Hier sei nur ein kleines Beispiel angeführt. Im Kreisbezirk Berlin, wo etwa 2000 organisierte Kollegen und Kolleginnen in Frage kommen, würde es eines Tages den Arbeitgebern einfallen, eine Aussperrung vorzunehmen, weil die Arbeiter sich mit einer von den Arbeitgebern getroffenen Maßnahme nicht einverstanden erklären können. Wenn da nicht Millionen Mark zur Verfügung stehen, sind wir in verhältnismäßig ganz kurzer Zeit erledigt. Diese Riesensumme kann nur durch die Opferwilligkeit der Mitglieder aufgebracht werden. Anfangs wurde ja schon erwähnt, 138.- M. die Woche kommt nur für solche Mitglieder in Frage, die nach dem Statut die höchsten Beiträge entrichten. Nach den heutigen Verhältnissen sind 138.- M. aber nur ein Pappenstiel. Darum müssen die Kolleginnen und Kollegen sich ernstlich nachprüfen, um wieviel sie ihre Unterstützung erhöhen können, wenn sie vor Schaden gesichert sein wollen. Es gibt da nur die eine Möglichkeit: Unverzüglich höhere Beitragsklassen zu wählen. Jedes Mitglied sollte über den in den Verbandsstatuten vorgesehenen Pflichtbeitrag hinaus höhere Beiträge entrichten.

Eine ganze Anzahl Mitglieder ist ja auch gewissermaßen moralisch schon verpflichtet, höhere Beiträge zu zahlen, weil die Sündenlöhne in den letzten Wochen weit über den Satz eines Wochenbeitrages hinaus gehen. Es soll aber auch nicht verächtlich werden, daß schon, bevor die Neueinstellung von freiwilligen Mitgliedern geplant war, es bereits einsichtige und weitblickende Mitglieder gab, die darauf hinwiesen, daß die ab 1. Oktober eingeführten Beitragssätze schon überholt seien.

An alle überzeugten Mitglieder ergeht der eindringliche Ruf, sich unverzüglich mit ihren Vertrauensleuten in Verbindung zu setzen und bei diesen eine höhere Beitragsklasse zu beantragen. Jeder verantwortungsbewusste und denkende Gewerkschaftler muß hier ein Agitator sein und die weniger nachdenklichen Verbandsmitglieder von der Notwendigkeit höherer Beiträge zu überzeugen suchen. In den einzelnen Ortsgruppen muß hinsichtlich der Aufklärungsarbeit ein Wettbewerb eintreten, allen voran der Vorstand und die Vertrauensleute, denn gute Beispiele ziehen bekanntlich an. Am 1. Dezember wollen wir mit der freiwilligen Zahlung höherer Beiträge beginnen, das soll die Parole sein, und gleich jetzt wollen wir damit beginnen, die Wartenden zu überzeugen. Wird die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, umso besser für unsere Aufgaben, die wir uns gestellt haben und die letzten Endes bezwecken, unsere Durchschlagskraft im gegebenen Falle zur Anwendung zu bringen. Eines ist sicher, tragen wir dazu bei, unseren Kampfstand zu einem wirklichen Kampfmittel auszubauen, dann werden es die Arbeitgeber sich dreimal überlegen, mit uns einen ernstlichen Kampf zu wagen.

Secretariatsbezirk Landeshut in Schlesien.

In den Tagen vom 14. bis 18. November des J. hielten die Ortsgruppen Landeshut, Schönberg, Liebau und Friedland Frauen- und Mitgliederversammlungen ab. Es zeigte sich so recht, daß die Arbeiterklasse beherzt ist, an eine Weiterbildung zu denken und mitzuwirken. Kollege Camps aus Münster vom Zentralvorstand behandelte in allen vier Ortsgruppen das Thema: „Die Frau im Volks- und Wirtschaftsleben im neuen Deutschland“. Reichlich Beifall lohnte seine Ausführungen. In Landeshut wurde noch ein Film, bestehend aus 22 Bildern über „Baumwolle, von der Farn bis zur Fabrik“ und „Wolle“ gegeben. Es ist der Wunsch laut geworden, daß derartige Lichtbildvorträge in den Wintermonaten des Jahres gehalten werden, zumal sie am besten geeignet sind, die genaue Kenntnis der einzelnen Rohstoffe und deren Verarbeitung zu vermitteln. Ueber den Stand der Lohnverhandlungen gab Kollege Hanter den Bericht. In Schönberg wurde nochmals die Beitragsfrage aufgerollt und erklärte sich die Versammlung, am 1. bis 7. des Monats teilgenommen, „endlich“ bereit, die erhöhten Beiträge zu zahlen. Die Frau war auch in dieser Weise ebenfalls sehr gut beachtet, deshalb auch in Friedland. In Friedland konnte Kollege Hanter den Bericht von der am selbigen Tage gepflogenen Lohnverhandlung geben. Sind auch nicht alle Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen in Erfüllung gegangen, so ist doch ein ziemlich günstiges Resultat erzielt worden. Im Vergleich zu dem Tarifabschluß vom 22. November 1920 wurde im Durchschnitt pro Woche und pro Arbeiter (einschließlich Teuerungszulage) 51,06 M. erzielt. Damit ist abermals der Beweis erbracht, daß nur durch eine festgefugte Organisation dem Unternehmertum Augenmaß aufge-

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Schadenersatzpflicht der Betriebsräte.

Wegen den Arbeiterrat einer Firma hat das Landgericht Dresden ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Aus Anlaß einer Streitigkeit mit der Betriebsleitung forderte der Arbeiterrat die sofortige Entlassung eines Werkmeisters unter gleichzeitiger Streikandrohung für den Weigerungsfall. Der entlassene Werkmeister verklagte die Firma und erzielte ein Urteil auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 3000 Mark. Die Firma ihrerseits verklagte den Arbeiterrat auf Schadenersatz nach § 823 BGB. Dieser Klage gab das Gericht statt und verurteilte den Arbeiterrat als Gesamtschuldner zum Ersatz des Schadens einschließlich der Zinsen. In dem Verlangen des Arbeiterrats, den Werkmeister sofort zu entlassen, widrigenfalls ein Streit einleiten werde, erblickte das Gericht einen Verstoß gegen die guten Sitten. Der gerichtliche festgelegte Schaden muß von dem Arbeiterrat ersetzt werden, da es sich um eine gemeinschaftliche unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 823 und 822 Abs. 1 des BGB. handelt. Das Gericht-Dundersche Verbandsorgan „Der Vergarbeiter“ veröffentlicht diese Entscheidung in Nr. 23 vom 11. November und fügt die Bemerkung hinzu: „Obwohl man verschiedener Meinung darüber sein kann, ob es von dem Arbeitgeber richtig war, auf die Forderung dieser Arbeiter überhaupt einzugehen, halten wir das Urteil für richtig und hoffen, daß es auf die Kreise, die entgegen dem Willen der Organisationsleitungen die Gewalt im Klassenkampf nicht glauben entbehren zu können, abschreckend wirken möge.“

§ 35 BRG. Entlohnung des Betriebsrates bei Arbeitsstreckung.

Der Schlichtungsausschuss Kiel hat in seiner Sitzung vom 29. Juni den Antrag eines Betriebsvertretungsmitgliedes abgelehnt. Aus der Begründung geben wir nachstehenden Absatz, weil derselbe von prinzipieller Bedeutung ist, wieder:

Der Schlichtungsausschuss Kiel hat bereits wiederholt entschieden, daß Betriebsratsmitglieder außer den in § 96 BRG. vorhandenen Schutzrechten und der sich aus ihrer Tätigkeit ergebenden notwendigen Freistellung von der Arbeit keinerlei Vorteile vor den übrigen Arbeitnehmern haben sollen. Ihr Amt ist, wie es in § 35 BRG. ausdrücklich heißt, ein Ehrenamt. Sie sind und bleiben in erster Linie Arbeitnehmer ihres Betriebes mit allen Rechten, Pflichten und Nachteilen, die sich aus ihrem Arbeitsvertrage ergeben. Sie erhalten, worüber nirgends in Rechtsprechung und Schrifttum Streit besteht, die Entlohnung ihrer Kategorie. Erhält die Gesamtheit ihrer Arbeitskollegen bei Arbeitsstreckung oder aus sonstigen Gründen weniger, so wäre es eine ungerechtfertigte Bevorzugung des Betriebsratsmitgliedes, diesem höheren Lohn zuteil werden zu lassen. Eine solche Entscheidung würde eine Prämie für die Wahl zum Betriebsratsmitglied bedeuten, die bei der Jagd nach einem solchen Posten sehr leicht zu unlauteren Nachschäften vor und bei der Wahl führen könnte. Es würde also — und das muß im Anschluß an § 35 des BRG. ausdrücklich betont werden — eine Entlohnung für die Tätigkeit des Betriebsratsmitgliedes als solchem darstellen, ein Grund, der im trassen Widerspruch mit dem Gesetz stehen würde.

Ohne Einfluß auf die ergangene Entscheidung muß es bleiben, wenn andere Arbeitnehmer als diejenigen der Kategorie, der das betreffende Betriebsratsmitglied angehört, voll beschäftigt und bezahlt werden. Es fehlt hier an jeder Unterlage, aus dieser Tatsache einen Rechtsanspruch des einer anderen Arbeitnehmerkategorie angehörnden Betriebsratsmitgliedes herzuleiten.

Es kann sich auch gegenüber Betriebsvertretungsmitgliedern natürlich nur darum handeln, daß dieselben nicht wegen Ausübung ihrer Funktionen benachteiligt werden, im übrigen halten wir die Auffassung des Schlichtungsausschusses grundsätzlich für richtig, da die Betriebsvertretungen gegenüber ihren Vorgesetztenkollegen im Interesse der Solidarität aller Arbeitnehmer auch nicht den Verdacht auskommen lassen dürfen, als wenn sie ihr Amt persönlicher Vorteile wegen ausüben.

